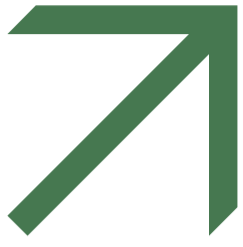


Wirtschaft



SMI 8619 Punkte
+1.9%

Die Besten Die Schlechtesten
UBS Group N +3.1% Nestlé N +0.8%
ABB N +2.6% Swisscom N +0.8%
Swiss Life N +2.6% Richemont N +1.0%

Dow Jones Ind. 24635 Punkte
+0.9%

Euro Stoxx 3454 Punkte
+1.4%

Euro in Franken	1.153	0.38%
Dollar in Franken	0.988	0.29%
Euro in Dollar	1.167	0.09%
GB-Pfund in Franken	1.319	0.76%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	76.62	-1.9%
Gold (Unze) in Dollar	1297.40	-0.7%
Silber (Unze) in Dollar	16.40	-0.5%

Nachrichten

Arbeitsmarkt

Wo Frauen beim Bund mehr als Männer verdienen

In der Bundesverwaltung ist die Lohnungleichheit gewährleistet, wie eine Analyse zeigt. Als Toleranzschwelle gelten 5 Prozent Differenz. In einigen Ämtern, so beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) und in der Vollzugsstelle für den Zivildienst (Zivi) verdienen Frauen gar rund 4,5 Prozent mehr als Männer. Ansonsten liegen die Männerlöhne zwischen 1 (Uvek) und 4,4 Prozent (Finanzdepartement) über den Frauenlöhnen. (SDA)

Wohnungsmarkt

Referenzzinssatz für Mieten verharbt bei 1,5 Prozent

Der Referenzzinssatz für Wohnungsmieten bleibt unverändert bei 1,5 Prozent. Mieterinnen und Mieter können deshalb keinen Anspruch auf eine Senkung ihrer Mieten geltend machen, Hausbesitzer indes die Mietzinse gestützt auf diesen Referenzzwert auch nicht erhöhen. Seit seiner Einführung im Herbst 2008 ist der Zinssatz kontinuierlich von 3,5 auf 1,5 Prozent gefallen. Der Hauseigentümergebiet Schweiz weist darauf, dass das langjährige Tiefzinzniveau zu einer Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt beigetragen habe. (SDA)

Verkehr

Kanton Aargau will Geld von Postauto Schweiz zurück

Nach der Subventionstrickserei bei der Postauto Schweiz wollen der Kanton Aargau und die Gemeinden die zu viel bezahlten Abteilungen zurückfordern. Gemäss Regierungsrat ist die Höhe der Summe noch unklar. Der Aargau zahlt 47 Millionen Franken pro Jahr für Postauto-Leistungen. Der Postauto-Betrieb hatte ab 2007 im abgeltungsberechtigten regionalen Personenverkehr schweizweit bedeutende Gewinne erwirtschaftet und diese gegenüber den Bestellern nicht offengelegt. (SDA)

Autoindustrie

Porsche stellt Verkauf von Neuwagen ein

Der deutsche Sportwagenhersteller Porsche wird vorerst in ganz Europa keine Neuwagen mehr verkaufen. Dies berichtete die FAZ am Freitag. Grund ist laut Zeitung die Umstellung auf neue Abgasmesszyklen, die schärfere Anforderungen sowohl im Zulassungsverfahren auf dem Prüfstand wie im realen Alltagsbetrieb mit sich bringen. Sie gelten von September dieses Jahres an. Benzinmotoren können diese Grenzwerte in der Regel nur erfüllen, wenn sie mit einem Partikelfilter ausgerüstet sind. (Red)

Der Bundesrat macht Banken Beine

Schweizer Geldhäuser wollten Krypto-Unternehmern bisher kein Geschäftskonto geben. Eine junge Branche mit Potenzial droht deshalb abzuwandern. Finanzminister Ueli Maurer will nun rasch eine Lösung finden.

Bernhard Kislig

Geht es um Blockchain, führt kein Weg an Zug vorbei. Weltweit. Die hohe Dichte an Experten und die Qualität des Know-how bei Behörden lockt Jungunternehmer an. In Anlehnung an das berühmte Silicon Valley ist längst vom Zuger Crypto Valley die Rede. Doch etwas bereitet den vielversprechenden Unternehmern zunehmend Ärger: Banken verweigern ihnen die Eröffnung von Geschäftskonten. Reihenweise wurden sogar Privatkonten gekündigt, sobald Banken auf einen Zusammenhang mit Kryptowährungen gestossen sind. Die Firmen wollen Geld investieren und Löhne bezahlen. Was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wird den Blockchain-Start-ups in der Schweiz verunmöglicht. Wie diese Zeitung bereits berichtete, weichen viele für ihr Geschäftskonto nach Liechtenstein aus. Die Blockchain ist eine Art dezentrale Datenbank, die neben Kryptowährungen vielerlei Handelsgeschäfte ermöglichen kann.

Der Zuger Regierungsrat und Finanzdirektor Heinz Tännler befürchtet, dass die Schweiz eine Chance verspielt, wenn sie nicht rasch reagiert und diesen «Missstand» beseitigt. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SiF) will bis Ende Jahr einen Bericht zur Regulierung der Blockchain-Branche erstellen. Tännler warnt davor, das Problem mit den Bankkonten erst danach anzugehen: «Diese Start-ups können die Schweiz sehr schnell verlassen.»

Die Interessengruppierung Blockchain-Taskforce, der auch Tännler angehört, hat nun eine Petition lanciert, mit der sie bei der Schweizerischen Bankiervereinigung vorstellig werden will. Die Schlagworte auf den Flyern lauten «Kein Konto, keine Innovation» oder «Start-down - wir starten ohne Bankkonten». Einer der Koordinatoren der Taskforce ist Lorenz Furrer vom PR-Büro Furrer-Hugi. «Wir wurden von Blockchain-Start-ups aufgefordert, etwas zu unternehmen - ich rechne damit, dass die überwiegende Mehrheit der rund 350 Jungunternehmen in der Schweiz die Petition unterzeichnen wird.»

Sitzung mit der SNB

Damit will die Taskforce den Druck erhöhen. Doch wahrscheinlich ist das gar nicht mehr nötig. Finanzminister Ueli Maurer ist beim Treffen mit den kantonalen Finanzdirektoren vor einer Woche auf das Problem aufmerksam geworden und hat am vergangenen Dienstag in Zug das Gespräch mit Blockchain-Unternehmern gesucht. Das überzeugte ihn: «Ich habe das Problem erkannt und bin entschlossen mitzuhelfen, es zu lösen - die Petition braucht es so gesehen gar nicht mehr», sagt Maurer gegenüber dieser Zeitung. Er berief kurzfristig einen runden Tisch mit den wichtigsten Protagonisten in dieser Frage ein, der am kommenden Freitag stattfindet. Es kursiert die Befürchtung, dass das Problem erst angegangen wird, wenn Ende Jahr der erwähnte SiF-Bericht zur Regulierung



Weltweit verteilte private Rechner ermöglichen den Betrieb von Blockchain-Netzwerken. Foto: Bloomberg, Getty Images

vorliegt. Dem widerspricht Maurer klar: «Das hat nichts miteinander zu tun. Ich setze alles daran, dass wir zusammen mit der Finanzbranche sehr rasch eine Lösung finden.»

Am Treffen vom kommenden Freitag nehmen neben Finanzminister Ueli Maurer «namhafte Vertreter» der Schweizerischen Nationalbank (SNB), der Finanzmarktaufsicht (Finma), der Schweizerischen Bankiervereinigung und Zuger Politiker wie etwa Finanzdirektor Tännler teil.

Was sind die Gründe für die Zurückhaltung der Schweizer Banken? Aufgrund der schmerzhaften Erfahrungen - unter anderem mit hohen Bussen wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung - scheinen sie nun sehr vorsichtig zu sein. «Die Finma und die Banken schieben sich die Verantwortung für das Pro-

blem wie eine heisse Kartoffel gegenseitig zu», sagt Heinz Tännler, der das Gespräch mit verschiedenen Exponenten gesucht hat. Das sei höchst bedauerlich, da die Schweiz so riskiere, eine vielversprechende Branche auf dumme Weise zu verlieren. «Ich hoffe, dass wir in dieser Frage das Eis zwischen Finma und Banken brechen können.»

Fehlendes Know-how

Bei absoluten Aussagen ist Vorsicht angebracht. Die Feststellung, dass keine Schweizer Bank Blockchain-Start-ups ein Geschäftskonto anbiete, ist seit kurzem hinfällig. Denn die Hypothekbank Lenzburg ist in den letzten Wochen mit zwei Jungunternehmern dieser Branche eine Geschäftsbeziehung eingegangen, wie Marianne Wildi, Vorsitzende der Geschäftsleitung, bestätigt. Warum traut

sich die vergleichsweise kleine Hypothekbank Lenzburg, was selbst Grossbanken mit ihren grossen Rechtsabteilungen zu heikel ist? «Wir haben bereits viel Erfahrung mit Fintech-Unternehmen - da lag es nahe, auch Blockchain-Unternehmen an Bord zu holen.» Auf eine öffentliche Kommunikation habe sie bisher verzichtet.

Das Problem für Banken ist laut Wildi, dass sie das Geschäft ihrer Kunden verstehen müssen. Dafür fehlt den Banken bei der Blockchain-Technologie noch das Know-how. Auch bei den rechtlichen Grundlagen gibt es noch Klärungsbedarf. Manche Banken befürchten einen Verstoß gegen das Geldwäschereigesetz, da für den Nachweis der Herkunft von Kryptogeldern neue Prozesse notwendig sind. Die Hypothekbank Lenzburg setzt auf ein zweistufiges Verfahren. Jungunternehmer müssen zuerst einen Antrag einreichen, den ein spezialisiertes Anwaltsbüro prüft. Dieses gibt eine Empfehlung ab. Danach entscheidet die Bank. Schliesslich betont Wildi, dass die Hypothekbank Lenzburg in erster Linie Geschäftskonten in Schweizer Franken führe.

Was Geldwäscherei angeht, kommt die Hypothekbank ihren Pflichten nach, wie Marianne Wildi erläutert: «Jeder Kleinunternehmer kann heute mit Kryptowährungen handeln - wir müssen überall die gleiche professionelle Sorgfalt walten lassen.» Bei der noch jungen Blockchain-Branche findet allerdings eine erhöhte Überwachung statt, wie sie ergänzt.

Blockchain-Taskforce: Finanzierung sorgt für Kritik

Die Blockchain-Taskforce hat rund 50 Mitglieder und vertritt die Interessen der Branche. Ende April übergab sie dem Bundesrat Empfehlungen für eine bessere Regulierung. Gleichzeitig beschloss sie, die Taskforce künftig als Swiss Blockchain Institute weiterzuführen. Dafür sollen Mittel beschafft werden. Einzelne Taskforce-Mitglieder kritisierten dies und drohten gar mit Austritt, wie ein Dokument zeigt, das dieser Zeitung vorliegt. So entstehe der Eindruck, die Gruppe arbeite profitorientiert. Das untergrabe das bisher bei Behörden und Politik aufgebaute politische Vertrauen.

Lorenz Furrer vom PR-Büro Furrer-Hugi ist mitverantwortlich für die Koordination der Taskforce. Er bestätigt die Kritik und relativiert zugleich: «Da liegt ein Missverständnis vor: Wir wollen keinen Profit erwirtschaften, sondern nur sicherstellen, dass die Gruppe weiterarbeiten kann.» Das sei ohne Finanzierung nicht mehr möglich. «Die Taskforce habe sich an einer Versammlung einstimmig dafür ausgesprochen, das Projekt weiterzuführen», ergänzt Furrer. Allerdings waren nicht alle Mitglieder anwesend. Wie die Finanzierung im Detail erfolgen werde, sei noch offen. (ki)

Haltlose Vorwürfe der Burkard-Familie an Sika

Hat der Verwaltungsrat illegal gehandelt und die Eigentumsrechte verletzt? Nein, sagte das Kantonsgericht Zug dazu. Dieses Urteil ist nun rechtskräftig geworden.

Ernst Meier

Seit 10. Mai ist der Sika-Streit Geschichte. Doch nun sorgt die Erbenfamilie erneut für Schlagzeilen. In einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin «Bilanz» teilt Erbensprecher Urs Burkard gegen die Firma und die Gerichte kräftig aus. «Eigentum ist nicht mehr garantiert», sagt Burkard. Er denke nicht, dass die Familie die Schlammschlacht hätte vermeiden können: «Wir sind von der Bereitschaft des Verwaltungsrats, illegal zu handeln, überrumpelt worden.»



Urs Burkard Sprecher Erbenfamilie

Diese Aussagen widersprechen jedoch den Fakten. Denn durch die Einigung der Streitparteien ist das Urteil des Kantonsgerichts Zug vom 27. Oktober 2016 rechtskräftig geworden. Das bestätigt der Präsident des Obergerichts.

In seinem Urteil beschied das Kantonsgericht, dass der Verwaltungsrat in allen Punkten rechtmässig vorgegangen sei. Damit ist die Behauptung, das Gremium habe die Eigentumsrechte verletzt, widerlegt. Das Gericht erkannte im

Versuch der Erbenfamilie, ihre Kontrollmehrheit ohne Einbezug des Verwaltungsrates zu verkaufen, eine unerlaubte Umgehung der Sika-Statuten. Denn diese halten die Mitsprache des Kontrollgremiums bei einem Verkauf fest. Laut rechtskräftigem Urteil hat also nicht der Verwaltungsrat unrechtmässig gehandelt, sondern die Familie.

Für Jeannette Wibmer von Badertscher Rechtsanwälte, die das Gerichtsurteil als unabhängige Juristin analysiert hat, ist die Rechtslage im Sika-Streit klar. Die Familie habe sich durch das in den Neunzigerjahren in den Statuten festgeschriebene Mitspracherecht des Verwaltungsrats selber eingeschränkt. Dieser habe sich wehren müssen, denn er sei gesetzlich verpflichtet, im Interesse aller Aktionäre und nicht nur der Hauptaktionäre zu handeln. «Die Eigentumsrechte werden somit durch das Urteil gestärkt», sagt Wibmer. Das Eigentum

von Minderheitsaktionären könne gegen Stimmrechtsaktionäre statutarisch geschützt werden. «Der rechtskräftige Entscheid des Kantonsgerichts Zug stärkt den Wirtschafts- und Investitionsstandort Schweiz», erklärt Wibmer.

Im Umfeld des Sika-Verwaltungsrats heisst es, der von Urs Burkard im Interview erhobene Vorwurf des illegalen Handelns sei mit der Rechtsgültigkeit des Kantonsgerichtsurteils ehrverletzend. Wider besseres Wissen sei es sogar Verleumdung. Der Anwalt der Erbenfamilie, Max Roesle, erwidert, Burkard habe dem Verwaltungsrat kein illegales Verhalten vorgeworfen, sondern nur «von der Bereitschaft des Verwaltungsrats, illegal zu handeln», gesprochen. Dass eine solche Bestanden habe, ergebe sich unter anderem aus der Aussage des Verwaltungsrats, er widersetze sich «bis zu einer endgültigen rechtlichen Klärung» dem Verkauf von Sika.